

Europa und die Flüchtlinge

[Dieser Beitrag erschien zuerst in der Ausgabe III/2015 (September 2015) der [MÜNSINGER FACKEL](#) und ist für die Aufnahme auf dieser Website nur geringfügig überarbeitet worden.]

Was den politischen Mainstream und Volkes Oppositionsstimme (soweit medienrelevant) in Deutschland eint, ist: die Rede vom „Flüchtlingsproblem“, von der „Flüchtlingsproblematik“. Ist ja echt ‘ne nette Begrüßung: Kaum sind die Refugees hier anlangt, bekommen sie - selbst noch von denjenigen, von denen sie lauthals eingeladen worden sind - auch schon zu hören und zu spüren, daß sie *zuvörderst eines* seien: eben ein *Problem*. Da würd ich als Flüchtling ja direkt gleich weiterreisen wollen.

Nicht die Flüchtlinge sind ein Problem. Ein Problem hat vielmehr die sie einladende Politik damit: *Die* hat *sich* mit dieser Einladung ein Problem verschafft - und das gehört technisch-organisatorisch und sozialpolitisch gelöst. So! Und der andere Pol der ganzen öffentlichen politischen Debatte *hat mit* den Flüchtlingen einfach ein Problem, weil seinem xenophoben Standpunkt das so eingeschrieben ist. So! Und ein anderer Standpunkt als diese beiden polaren kommt in der öffentlichen Diskussion eh nicht vor.

Eine *wirkliche* Lösung der sog. „Flüchtlingsproblematik“ gibts unter den gegebenen Verhältnissen sowieso nicht. In der letzten Ausgabe der FACKEL (II/2015) hab ich im Artikel [Flüchtlinge](#) ja schon darauf hingewiesen, welches Schicksal die Einwanderer hier in Deutschland erwartet - auch und gerade die, die hierbleiben dürfen; obschon solches Schicksal immer noch besser ist als das, was sie in ihren Herkunftsländern erlitten oder zu erwarten hatten. Anders als die Bekämpfung des Nationalsozialismus seinerzeit und vielleicht auch des islamistischen Terrorismus heutigentags wird die wirkliche Lösung des „Flüchtlingsproblems“ ganz sicher die Grenzen bürgerlicher Politik - und erst recht dessen, was heute als eine solche auftritt - sprengen. Ein vereintes Europa auf der Grundlage lauter nationaler Souveränitäten und entsprechender Sonderinteressen wird immer nur die Lasten, die das Projekt der Flüchtlingsaufnahme und -integration wie auch die ganz „normale“ Zuwanderung mit sich bringen, hin- und herschieben. Und weder der freie Markt, dessen bestimmende Subjekte an den Zuströmen von Flüchtlingen und sonstigen Einwanderern zwar interessiert sind, aber nur unter den Aspekten: großes Angebot = große Auswahl an Arbeitskräften und mehr Masse, die für Lohndrückerei in die Waagschale geworfen werden kann; noch irgendwelche bürgerrechtsbeschneidenden Maßnahmen eines gezwungen lächelnd daherkommenden totalitären Herrschafts(dis)kurses vermögen da etwas zu bewegen, was die wirklich Betroffenen: die Flüchtlinge und Zuwanderer sowohl wie auch die „Eingeborenen“ wenigstens halbwegs zufriedenstellen könnte. Europa müßte sich, ähnlich wie die USA, nicht als bloßes Staatenbündnis, sondern eben als wirkliche Vereinigung von Staaten betätigen (vielleicht - warum nicht? - unter sozialistischem Vorzeichen), um wenigstens die größte Not zu beheben. Es ist ja eh schon ein Witz, daß eine Handvoll europäischer Staaten (unter deutscher Führung) sich zur Gründung

des Euros zusammengefunden haben, um - in Konkurrenz zu den USA - zu einer Weltmacht neben den Amis zu avancieren: Eine (einheitliche) Währung, die durch keinen (einheitlichen) Souverän und seine Gewalt garantiert ist, ist ein bloßes Spekulationsobjekt und ein einziger Zankapfel weiterhin miteinander konkurrierender Nationen. Das Projekt der Flüchtlingsaufnahme - auch wenn das jetzt mit einer Konkurrenz zu den USA (gottseidank) erst einmal nicht so existentiell zu tun hat - stellt ein ähnlich aberwitziges Unternehmen dar, sofern es im derzeitigen EU-Verbund umgesetzt werden soll. Die Lösung kann daher nur in einer Formation liegen, welche man als *Vereinigte (sozialistische) Staaten von Europa* bezeichnen könnte. Dieses Gebilde müßte zugleich in strikter Westanbindung verwirklicht werden, damit nicht abermals - wie auch heute schon wieder - irgendwelche gegenaufklärerischen Sonderwege beschritten würden.

Daß eine solche Staatenvereinigung - gerade auch wegen des wünschenswerten sozialistischen Elementes - für unmöglich gehalten wird (- vielleicht ist sie es ja auch -), ist nicht im geringsten ein Argument gegen ihre bittere Notwendigkeit. „Es geht nicht“ schafft nicht das „Es wäre dringend geboten“ aus der Welt. Und über Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Projekts entscheidet nicht zuletzt, wenn auch nicht allein, die Menge an Leuten, die sich in rationeller Weise dafür stark machen.

[Zurück zur Startseite](#)

[Impressum](#)